

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Mark im Monat, bei Zahlung durch die Post. Einzelnummern 15 Pfennig. Bezugspreise: Bei Abholung in Mark, bei Postbestellung durch die Postämter 15 Pfennig. Bezugspreise für den Ausland sind nach den Wechselkursen zu berechnen. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto drinliegt.

Wagereisenpreis: die 8 gepaltene Kasse mit 30 Goldmarken, die 2 gepaltene Kasse mit 20 Goldmarken, die 1 gepaltene Kasse mit 10 Goldmarken. Bezugspreise für den Ausland sind nach den Wechselkursen zu berechnen. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto drinliegt.

Wagereisenpreis: die 8 gepaltene Kasse mit 30 Goldmarken, die 2 gepaltene Kasse mit 20 Goldmarken, die 1 gepaltene Kasse mit 10 Goldmarken. Bezugspreise für den Ausland sind nach den Wechselkursen zu berechnen. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto drinliegt.

Nr. 28 - 83. Jahrgang. Tel.-Nr.: „Sachsenzeitung“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2610 Sonnabend 2. Februar 1924

Verständigung zwischen England und Rußland.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
London, 1. Febr. Die Morgenblätter bestätigen die Meldung, daß mit einer baldigen Annäherung Englands an Rußland gerechnet werden muß. Die russische Regierung hat auf eine englische Anfrage hin in entgegenkommender Weise geantwortet. Rußland soll sich bereits erboten haben, die eng-rußischen Beziehungen in Asien sofort neu zu regeln.

Bergmannslos.
(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Hamborn, 1. Febr. In der hiesigen Kohlengrube wurden vier Bergarbeiter erschüttert. Zwei konnten gerettet werden, die anderen beiden erstickten.

wann, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt Zinsen- und Tilgungsdienst wieder aufgenommen werden sollen, wird in späterer Zeit durch besonderes Gesetz geregelt, heißt es in der Veröffentlichung. Die ganze hunderte Schuld des Reiches beträgt etwa 70 Milliarden, also 7 Pfennige in Gold. Das Reich ist also der allergrößte Inflationsgewinnler. Dafür will es aber die anderen Inflationsgewinnler gründlich besteuern. Der Geldentwertungsgewinn jener Hypotheken- usw. Schuldner soll „aus Gründen der Gerechtigkeit“, vor allem aber wegen des dringenden Finanzbedarfs zum großen Teil weggefordert werden, und zwar sollen jene Schuldner, die vor dem 31. Dezember ihre Obligationen ausbezahlt haben, mit einer Steuer von 12 % des Goldmarkwertes der Schuldverschreibungen belegt werden. Die noch nicht gezahlten werden mit einer Steuer von 2 % des Goldwertes belastet, so daß der Schuldner also diese 2 % und die 10prozentige Aufwertung bei der Tilgung zu zahlen hat. Demgemäß wird auch eine Steuer auf den Inflationsgewinn vorbereitet; dadurch sollen nun alle jene getroffen werden, die solche Gewinne bei der Rückzahlung entwerteter Papiermarktschulden, bei der Ausgabe von Papiernotgeld, das ja bei der Einführung nur noch einen geringen Teil des ursprünglichen Wertes hatte und teilweise durch öffentliche Zuschüsse kreditiert war — allerdings haben nicht nur Private, sondern auch Kommunen dieses Inflationsgeschäft gemacht! — und schließlich durch die Geldentwertung der Grundstücksbesitzungen erzielt haben. Namentlich der Geldentwertungsgewinn bei bebauten, insbesondere dem städtischen Grundbesitz wird im Anschluß an die Steigerung der Mieten vorgenommen und diese Besteuerung wird ebenso wie die auf den unbebauten den Ländern und Gemeinden überlassen. Den Ländern sollen übrigens auch jene gewaltigen Geldentwertungsgewinne zur Verfügung freigegeben werden, die aus der kreditweisen Bezahlung bei Holzverkäufen in öffentlichen Forsten entstanden sind. Das war übrigens auch ein zum Himmel hinauf stehender Skandal, daß Verbeizung bei Holzverkauf nicht sofort verlangt wurde; Erfolg: der preußische Forstetat hat ein riesiges Defizit aufzuweisen gehabt!

Die Fesseln der Mikumverträge.
(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Dortmund, 1. Febr. Der „Dortmunder Generalanzeiger“ veröffentlicht die Meldung eines Rotterdamer Blattes aus Düsseldorf, der zufolge Hugo Stinnes gegenüber Vertretern der interalliierten Ingenieurkommission erklärt hat, daß der Mikumvertrag die Ruhrindustrie in der schwersten Weise überlastet und daß der Stinneskongern bereits in aller nächster Zeit gezwungen sei, seine Betriebe im besetzten Gebiet stillzulegen, sofern nicht unverzüglich eine Änderung der Mikumvertragsbestimmungen erfolge. Dazu bemerkt das genannte Blatt, diese Meldung erscheine durchaus glaubhaft und daß in der letzten Zeit recht häufige Äußerungen von westdeutschen Großindustriellen und eine Reihe von Auslassungen in der großindustriellen westdeutschen Presse auf die Absicht der rheinisch-westfälischen Großindustriellen schließen lassen, wegen der Undurchführbarkeit der Mikumverträge ihre Betriebe stillzulegen.

Festsetzung des Abstimmungstermins für Hannover.
(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Hannover, 1. Febr. Wie die „Hannoversche Landeszeitung“ erfährt, wurde in einer Unterredung zwischen den Reichstagsabgeordneten Bernstorff und Albers und dem Reichszentralrat die Festsetzung des Termins der Abstimmung in Hannover in der ersten Kabinettsitzung in der nächsten Woche ausgefagt.

Überhaupt sollen die vor oder mitten in dem finanziellen Ruin stehenden Länder und Gemeinden frühere Besteuerungsmöglichkeiten zurückerhalten, soll eine neue Verteilung bestehender Steuerquellen ihnen eine gewisse finanzielle Selbstständigkeit wiedergeben. Das ist ja namentlich durch die bekannte bayerische Denkschrift ange-regt worden und bedeutet eine Abkehr von der überfärbten und deshalb schließlich völlig versagenden Zentralisierung des deutschen Steuerwesens.

Belgische Erleichterungen für die Ruhrgefangenen.
(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Essen, 1. Febr. Die von den belgischen Kriegsgerichten wegen Sabotage verurteilten Deutschen aus dem Ruhrgebiet, die in Löwen gefangen gehalten werden, sollen in Zukunft, wie der belgische Justizminister dem Rechtsanwalt Grimm in Essen mitgeteilt hat, als politische Gefangene behandelt werden, während sie bisher als gemeine Verbrecher betrachtet wurden. Rechts-anwalt Grimm, auf dessen Antrag diese Verordnung des Justizministers erlassen worden ist, hat einen gleichen Antrag hinsichtlich der in französischen Händen befindlichen Ruhrgefangenen seinerzeit auch mündlich dem Ministerpräsidenten Poincaré unterbreitet. Eine Entscheidung ist in diesem Falle aber noch nicht getroffen worden.

Die 3. Steuernotverordnung vor dem Fünfzehnerauschuß des Reichstages.
(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 1. Febr. Die dritte Steuernotverordnung ist bereits dem 15er Ausschuß des Reichstages zugegangen, der schon heute eine Beratung darüber abhält.

Forderungen der Sachverständigen.
Anhereinnahmen an Deutschland?
Aus Brüssel wird eine aufsehenerregende Nachricht verbreitet, nach der die in Berlin verammelte erste internationale Sachverständigenkommission nicht mehr und nicht weniger verlangt, als die Einkünfte aus dem Ruhrgebiet wieder dem Deutschen Reich zu überlassen. Das Blatt „Libre Belgique“ schreibt:

Die Separatisten verlassen Wiesbaden.
(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Frankfurt, 1. Febr. Die Separatisten haben die Obergasse in Wiesbaden, die sie noch besetzt hielten, Regierungspräsidium, Reichsamt und Rathaus geräumt und die Stadt heimlich verlassen. Die grün-weiße Reichsfahne, die bisher noch über den besetzten Gebäuden wehte, ist eingezogen worden. Erst nach dem Abzug der Separatisten ließ sich feststellen, in welcher vandalischen Weise die Banden in den von ihnen besetzten Gebäuden gehandelt haben. Es sind Photographien angefertigt worden, um der Welt ein Urteil über die Qualität dieser Kulturträger zu erbringen.

Das Schicksal des Landesverrätters.
(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Kölsheim, 1. Febr. Der vorgestern abend verwundete Separatistenführer Wumbinger ist an den Folgen der erlittenen Revolververletzungen im Frankenthaler Krankenhaus gestorben.

„Die Aufrechterhaltung der Anheftung ist zu einer brennenden Frage geworden, nicht nur wegen des Regierungswechsels in London, sondern auch wegen des Sachverständigenausschusses Dawes“. Die Mitglieder dieses Ausschusses, deren Aufgabe es ist, das deutsche Budget anzugleichen und die deutsche Währung zu stabilisieren, sind dahin übereingekommen, daß ihre Arbeit unfruchtbar bleiben dürfte, wenn sie nicht die Einkünfte aus dem Ruhrgebiet zu zählen. Mit anderen Worten: die Sachverständigen verlangen, daß die Einnahmen der Eisenbahnen und anderer öffentlicher Dienste im Ruhrgebiet, die die Franzosen und Belgier beschlagnahmt haben, wieder in die Kassa des deutschen Budgets übergeführt werden. Es ist gewiß unmöglich, einem derartigen Verlangen der Sachverständigen Folge zu geben, ohne die Beendigung der Besetzung ins Auge zu fassen. Aus diesem Grunde haben die letzten Verhandlungen, die am Sonntag in Paris gepflogen worden sind, eine ganz besondere Bedeutung erlangt.“
Damit wäre also eine hinreichende Erklärung für die überraschende Reise des belgischen Außenministers Jaspar zu Poincaré nach Paris am letzten Sonntag gegeben.

Aufwertung und Inflationssteuer.
Das Reichsstadion hat dem Entwurf der dritten Steuernotverordnung zugestimmt, dem nun noch der Reichsrat, der Ausschuß des Reichstages und der Reichswirtschaftsrat beipflichten müssen. Der endgültige Wortlaut wird dann erst bekanntgegeben, jedoch unterrichtet eine amtliche Veröffentlichung bereits über die nachstehend wiedergegebenen Einzelheiten.

Politische Unruhen in Tokio.
(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
London, 1. Febr. In Tokio sind seit einigen Tagen erneut politische Unruhen ausgebrochen, die die Regierung veranlaßt haben, Polizeireferenten heranzuziehen. Der bereits gemeldete Anschlag auf den Eisenbahnzug, der aber nicht gescheitert war, hat in Tokio ungeheure Erregung hervorgerufen.

Reparationskonferenz im März.
Die Pariser Ausgabe des „Newport Herald“ veröffentlicht ein vorläufiges Programm für den Verlauf der Sachverständigenarbeit, nach der zunächst der Weg für eine Konferenz zwischen den Premierministern freigemacht werden sollte, die Ende März stattfinden sollte, und zu der die Vereinigten Staaten und Deutschland eingeladen werden sollten. Die Verhandlungen zwischen den Kanzlern über die Befestigung der kleineren Meinungsverschiedenheiten würden erst nach der Festnahme Macdonalds mit dem Parlament beginnen. Gleichzeitig soll der Versuch gemacht werden, Poincarés Plan zu einer internationalen Konferenz zur Revision der interalliierten Zahlungsverpflichtungen durch Streichung, Herabsetzung oder Konsolidierung zu verwirklichen. Sobald eine Verständigung erzielt sei, würde Deutschland in den Vorkriegsstand aufgenommen werden unter der Bedingung, daß es seine Verpflichtungen erfüllt.

Das Deutsche Reich — man möchte es wie jener Kaputruher in „Wallenfelns Lager“ lieber das Deutsche „Arm“ nennen — hat so wenig Geld, daß es den Kriegskriegern, die jetzt die verschiedenen Entente-Kommissionen aufsuchen haben, schon vor Eintreffen dieser ungeliebten Gäste erklären mußte, es könne die Kosten der Verbergung höchstens zu 50 % tragen; den Rest werde man allmählich abbezahlen. Dabei ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir angesichts des Zusammenbruchs unseres gesamten Steuerwesens schleunigst an einen Umbau nach der materiellen und nach der organisatorischen Seite hin schreiten müßten unter Ausschaltung hemmender Beeinträchtigungsverfüge und Widerstände. Nach den ersten beiden Steuernotverordnungen ist nun in langen Zwischenräumen die dritte gekommen, die nun wieder ganz außerordentlich tiefe Eingriffe in das Vermögen des einzelnen bringt, soweit es noch welches hat.

müder Volksgenossen so tief berückende Frage der Hypothekenaufwertung, also der Behandlung privater Schuldverschreibung wird nun geregelt. Die immer noch an eine einigermaßen andere Entscheidung glaubenden „Gläubiger“ erhalten 10 % des Goldwertes zugesprochen. Wer also eine Hypothek von 50 000 Mark ausgeschrieben hatte, wird mit 5000 Rentenmark abgefunden. Und wenn es dem Schuldner schlecht geht, dann kann er eine noch geringere Aufwertung beantragen. Immerhin soll aber eine Sonderregelung in der Frage der Aufwertung von Pfandbriefen stattfinden, die den Ausschluß von Spekulationsverwerbern und die Begünstigung von altem Besitz von Wänseln, gemeinnützigen Anstalten und Stiftungen sowie ähnlichen zu mildereckiger Anlage gezwungenen Gläubigern vorsehen. Denn das war ja ein besonderer Skandal, daß diese fünf Jahre hindurch jeder Vormund und Kurator gesetzlich verpflichtet war, das Vermögen seiner Pflegebefohlenen in „mündelicheren“ Staatspapieren anzulegen, nicht etwa in Industripapieren. Und ohnmächtig zusehen mußte, wie dies Vermögen von der Woge der Inflation verschlungen wurde. Dadurch kamen Hunderttausende um ihr Vermögen!

Für sich selbst und für alle andern öffentlichen Anlegen, also für die Reichs-, Staats- u. w. Papiere erklärt das Reich rund heraus den glatten Verlust, wenigstens einen zeitweiligen. Denn bis zur Abdeckung aller Reparationsverpflichtungen wird der Anspruch auf Kapital- und Zinszahlung für diese Papiere aufgehoben. „Ob überhaupt und

Denn die das Leben vieler Tausender alter und arbeit-